

Zu 3.: Verknüpfung von Regionalem Übergangsmanagement und Landespolitik
Auf dem Bildungsgipfel im Oktober 2008 haben die Länder vereinbart, ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Übergänge Jugendlicher von der Schule in Ausbildung zu verstärken, insbesondere durch die Einführung und Verbesserung berufsorientierender Lernangebote an allen Schularten. Hier gibt es einen hohen Abstimmungsbedarf zwischen den Ländern und den Standorten des Regionalen Übergangsmanagements, die sich eine bessere lokale Abstimmung der Berufsorientierungsangebote zur Aufgabe gemacht haben.

Eine Herausforderung für eine bessere Abstimmung zwischen Regionalem Übergangsmanagement und Landespolitik liegt darin, dass bereits auf der Landesebene sich unterschiedliche Ressorts mit Fragen der Verbesserung der Berufsorientierung befassen. Die Sächsische Staatsregierung hat daraus die Konsequenz gezogen, in einem ersten Schritt Positionen und Zuständigkeiten zwischen den beteiligten Ressorts abzustimmen, um dann in einem zweiten Schritt mit relevanten Akteuren Qualitätsstandards für Berufsorientierung zu entwickeln und in einem dritten Schritt zu deren Umsetzung mit den drei Standorten der Förderinitiative in Sachsen (Leipzig, Hoyerswerda und dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) die Zusammenarbeit vertraglich zu vereinbaren).

Zum Teil bereits im Vorlauf zur Einrichtung der Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement, zum Teil gleichzeitig und von dieser angestoßen, hat eine Reihe von Bundesländern Initiativen zu einer verbesserten Koordination und Kooperation im Übergang Schule – Berufsausbildung eingeleitet. Bereits im September 2006 hat die Landesregierung Schleswig-Holstein ein „Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt“ beschlossen, das Elemente einer regionalen Steuerung zum Inhalt hat, im Juni 2009 hat Hamburg sein „Rahmenkonzept für die Reform der Übergangssysteme Schule – Beruf“ veröffentlicht und im Oktober 2009 hat der Landesausschuss Berufliche Bildung in Nordrhein-Westfalen den Beschluss gefasst, dass zukünftig alle kreisfreien Kommunen und Landkreise Aufgaben des regionalen Übergangsmanagements erfüllen sollen. Nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung waren Landesinitiativen und -programme für viele Standorte der Förderinitiative ein wichtiger Unterstützungsfaktor. Auch haben einzelne Länder begonnen, den an den Standorten der Förderinitiative erreichten Vorlauf zu nutzen und diese als Pilotvorhaben in die eigenen Landesprogramme einzubinden.

In Schleswig-Holstein hat das Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa, das zusammen mit dem Bildungsministerium das Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ im Rahmen des „Zukunftsprogramms Arbeit“ verantwortet – ein Konzept einer kommunalen Koordinierung und Steuerung entwickelt. Eine solche Koordinierung soll künftig in jeder größeren Stadt eingerichtet werden. Dafür soll das Kieler Vorhaben in der Förderinitiative die Funktionen eines Pilotprojekts wahrnehmen.